

Zwischen Triumph und Bescheidenheit nach den Parlamentswahlen

Die bürgerliche Rechte in Frankreich

Johannes Thomas

Frankreich hat bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 9. und 16. Juni die Parteien des Mitte-rechts-Spektrums mit einer satten Zwei-Drittel-Mehrheit ausgestattet. Allein die „Union pour la majorité présidentielle“ (UMP), mit der Jacques Chirac die politischen Kräfte rechts von den Sozialisten gebündelt hat, verfügt über 355 der insgesamt 577 Sitze. Die europafreundlichen Zentristen (UDF), deren Vorsitzender François Bayrou sich mit Händen und Füßen gegen die Einbeziehung der UDF in eine rechtsbürgerliche Einheitspartei wie die UMP gewehrt hatte, erhielten nur 29 Mandate gegenüber 108 bei den Parlamentswahlen 1997. Viele ihrer bisherigen Abgeordneten hatten es vorgezogen, unter der Flagge Chiracs und auf seiner Erfolgswelle zu segeln.

Dass die UMP eine solche Schubkraft entfalten würde, hatte zunächst wohl niemand vorausgeahnt, nicht einmal Chirac selbst, als er am 21. April mit knapp zwanzig Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis einfuhr, das je einem amtierenden Präsidenten beschieden gewesen ist.

Chirac vereint heute in seiner Person eine nach westlichen Demokratiestandards geradezu unglaubliche Machtfülle. Er ist der quasi-monarchische Staatspräsident und eigentlicher Chef der UMP, und er kontrolliert Regierung, Parlament und Senat, dazu noch den obersten Verfassungsrat und die Medienaufsicht. Aber selbst eine so herausragende, dominierende Stellung ist keine Garantie dafür, dass es ihm gelingen wird, Frank-

reichs Reformstau aufzulösen. 1995 verfügte er ebenfalls über alle diese Macht-positionen, und die Regierung Juppé stützte sich im Parlament auf eine noch breitere Mehrheit. Dennoch scheiterten die für notwendig erachteten Reformen am Druck der Straße – mit den bekannten Folgen: Chirac löste die Nationalversammlung auf und fand sich 1997 nach den Wahlen in einer Kohabitation mit der Linken wieder.

Auf die Linke entfielen insgesamt nur 178 Sitze, von denen für die Sozialisten magere 140 (1997: 241) übrig blieben. Die Kommunisten kamen nur noch auf 21 Mandate gegenüber 38 bei den letzten Wahlen, die Grünen verschlechterten sich von sieben auf drei Mandate. Das „Mouvement des citoyens“ (Chevènement) hat seine bisher sieben Sitze verloren und ist von der parlamentarischen Landkarte verschwunden. Die „Radicaux de gauche“, die bisher noch zusammen mit den Grünen und unabhängigen Linken als RCV über 31 Sitze verfügten, sind selbst auf sieben Sitze zurückgefallen (RCV insgesamt: 16 Sitze). Damit ist Jospins „majorité plurielle“, seine linke Regierungs-koalition, geradezu pulverisiert worden. Die Linke hat einen langen und schwieri-gen Weg der Restrukturierung vor sich.

Dabei kann die sozialistische Partei selbst noch am ehesten gelassen in die Zukunft schauen, denn ihr ist nicht nur das Desaster von 1993 erspart geblieben, als sie nur 53 Abgeordnete in die Nationalversammlung schicken konnte, sie hat auch nach dem Schock über Jospins

Niederlage gegen Le Pen beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl 20 000 neue Mitglieder gewonnen. Sie muss sich also in erster Linie Sorgen um das weitere Schicksal ihrer bisherigen Regierungspartner machen.

Ihr relativ schlechtes Abschneiden ist im Übrigen nicht zuletzt auf die ironischerweise von Jospin durchgesetzte Umstellung der Wahltermine zurückzuführen. Da nach dem geänderten Wahlkalender die Parlamentswahlen erst nach der Präsidentenwahl durchgeführt wurden, konnte Chirac mit einer von ihm berufenen Regierung sechs Wochen lang zwischen den Urnengängen in den Medien präsent sein, während die Sozialisten, desorientiert und führungslos, um ihre Neuorientierung rangen. Sie beschäftigten die Öffentlichkeit in erster Linie mit der Frage, ob sie nun mehr sozialdemokratisch werden sollten oder ob sich der linke Flügel stärker durchsetzen würde.

Der Eindruck eines überwältigenden Triumphs der Rechten relativiert sich allerdings rasch, sobald man genauer auf die Wahlergebnisse schaut. Dank des Mehrheitswahlrechtes wird die jeweils stärkste Partei überproportional begünstigt. Daher zeigt die Verteilung der Mandate einen sehr viel dramatischeren Wechsel an als die Verteilung der Stimmen. Die Stimmenverhältnisse bewegen sich durchaus im Rahmen früherer Wahlgänge. So erreichte die bürgerliche Rechte mit etwa 11,2 Millionen Stimmen ziemlich genau ihr Ergebnis von 1993. Die Linke bekam mit 9,6 Millionen Stimmen fast genau eine Million weniger als 1997, aber sie heimste immerhin noch eine halbe Million mehr Stimmen ein als die Rechte im Jahr 1997.

Nach dem Schock beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen, bei dem die präsumptiven Kandidaten für die Stichwahl, Jacques Chirac und Lionel Jospin, zusammen nur etwa 36 Prozent der Wählerstimmen gewinnen konnten,

während die extreme Rechte, die extreme Linke und Außenseiter wie die Jäger- und Anglerpartei Rekordergebnisse einfuhren, haben sich die Wähler diesmal kohärenter verhalten, und zwar in einem doppelten Sinne. Sie haben davon Abstand genommen, ihre Stimmen auf Parteien zu verschwenden, von denen man erwarten durfte, dass sie ohnehin keine Abgeordneten entsenden, geschweige denn an der künftigen Regierung beteiligt sein würden. Und sie haben entsprechend dem Geist der Fünften Republik dafür gesorgt, dass der Staatspräsident nun auch im Einklang mit einer Regierung arbeiten kann, die zu seinem Lager gehört. Offenbar hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass eine Kohabitation, also ein Neben- und Gegeneinander von Staatspräsident und Regierung, wenn sie für verschiedene politische Lager stehen, die Handlungsfähigkeit Frankreichs zu dessen Schaden auf kaum erträgliche Weise beschneidet.

Klare Entscheidung

Die klare Entscheidung zugunsten von Chiracs UMP und der Rechten insgesamt erschien dabei nicht einmal unmittelbar vor dem ersten Wahlgang am 16. Juni als ausgemacht. Noch am Wahltag rechnete *Le Monde* angesichts der Erfolge der rechtsextremen Nationalen Front bei der Präsidentschaftswahl damit, dass Le Pens Kandidaten in mehr als 200 Wahlkreisen das Stimmenquorum von 12,5 Prozent erreichen oder übertreffen könnten. Das hätte es ihnen erlaubt, bei der Stichwahl zu kandidieren; es wäre dann zu sehr vielen Dreiecksentscheidungen zwischen links, rechts und rechtsextrem gekommen. Da nun die Stimmen für die rechtsextremen Kandidaten vornehmlich zu Lasten der UMP gegangen wären, wie man meinte, rechnete sich die Linke eine Verbesserung ihrer Wahlchancen aus. Auch die erneute Kandidatenvielfalt (8446 für 577 Wahlkreise) drohte wie schon bei der Präsidentenwahl das Wähl-

lervotum zu zersplittern und so die extreme Rechte zu begünstigen.

Aber der Wähler hat Le Pen und damit auch der Linken einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Front-National-Kandidaten haben nur in 37 Wahlkreisen (1997: 133) überhaupt die Stichwahl erreicht und kein einziges Mandat errungen. Bei den Stichwahlen hat sich dann auch herausgestellt, dass die Le-Pen-Wähler sich in großem Umfang enthalten und im Übrigen ihre Stimmen ebenso auf linke wie rechte Kandidaten übertragen haben. Innerhalb der Rechten profitierten von der Stimmenübertragung eher UDF- als RPR/UMP-Bewerber, was insofern verständlich ist, als Le Pen in Chirac immer seinen Hauptfeind gesehen hat.

Dass die Nationale Front am Ende leer ausgegangen ist, obwohl sie im ersten Durchgang noch mehr als elf Prozent für sich verbuchen konnte, liegt auch wieder am Mehrheitswahlrecht. Es war eben zu dem Zweck eingeführt worden, klare, regierungsfähige Mehrheiten ins Parlament zu bringen.

Nach neuesten Umfragen wünschen sich nun gut zwei Drittel der Franzosen, dass das Mehrheitswahlrecht mindestens für einen Teil der Abgeordneten durch das Verhältniswahlrecht ergänzt wird, damit der Wählerwille sich etwas genauer in der Sitzverteilung niederschlägt. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass Chirac eine Wahlrechtsänderung einführen wird, die in erster Linie Le Pen zugute kommen würde.

Rekord bei Wahlenthaltung

Das Wählervotum für regierungsfähige demokratische Parteien und die Fünfte Republik ist angesichts einer Rekord-Wahlenthaltung, die von knapp 36 Prozent im ersten Wahlgang auf knapp vierzig Prozent bei den Stichwahlen angestiegen ist, dennoch kein Anlass zu ungetrübtem Jubel. Hatte schon beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl

mehr als die Hälfte der Franzosen sich entweder der Stimme enthalten oder für Vertreter links- oder rechtsextremer Parteien gestimmt, so konnten auch jetzt die größeren demokratischen Parteien nur etwa die Hälfte der Wähler für sich gewinnen. Nur diese Bevölkerungshälfte ist im Parlament durch Abgeordnete vertreten.

Bei den unter 35-Jährigen lag die Wahlenthaltung bei fast sechzig Prozent. Sie war besonders stark bei Arbeitern und Arbeitslosen ausgeprägt und betraf im Parteienspektrum überproportional die Wähler der trotzkistischen „Lutte ouvrière“, des rechtsextremen Front National und der Grünen. Die Wahlenthalter befanden zu gut siebzig Prozent, dass diese Wahlen für sie selbst völlig oder weitgehend unwichtig seien und keine Konsequenzen für sie haben würden.

Die prorepublikanische Mobilisierung vor allem der jüngeren (linken) Bevölkerung, die nach Le Pens Erfolg beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl zu hunderttausenden demonstriert und die Wahlbeteiligung auf achtzig Prozent zu steigern geholfen hatte, trug nicht über den 5. Mai hinaus. Es war offenbar geworden, dass die Republik doch nicht in Gefahr war und vor Le Pen gerettet werden musste, wie die Linke pathetisch verkündet hatte. So fiel die Begeisterung vom Mai schon im Juni wie ein Soufflé in sich zusammen.

Dabei haben sich die Themen Le Pens keineswegs erledigt. Nach einer Umfrage im Mai dieses Jahres stimmen 28 Prozent der Franzosen den politischen Zielen des Front National „eher oder ganz und gar zu“. 1999 waren es noch elf Prozent, im Jahre 2000 siebzehn Prozent. Ganz und gar nicht damit einverstanden erklären sich 49 Prozent gegenüber 63 Prozent im Jahr 2000. Die höchste Zustimmung erfährt Le Pen im Bereich der inneren Sicherheit: 86 Prozent wünschen sich ein energischeres Vorgehen der Justiz gegen

die Kleinkriminalität. 76 Prozent wollen mehr Rechte für die Polizei. 73 Prozent stimmen mit dem Front National darin überein, dass mehr für die Verteidigung der traditionellen Werte Frankreichs getan werden müsse.

Bei anderen Lieblingsthemen der Rechtsextremen sinkt jedoch die Zustimmungsbereitschaft. Zwar meinen immerhin 59 Prozent, dass es zu viele Zuwanderer gebe, aber die Klage darüber, dass man sich in Frankreich nicht mehr wirklich zu Hause fühlt, wird von weniger Befragten angestimmt als ein Jahr zuvor (36 Prozent: minus drei Prozent). Seit nun schon über zehn Jahren geht auch die Zahl derer konstant zurück, die sich der zentralen Propagandathese Le Pens anschließen, man müsse bei der Vergabe von Arbeitsplätzen Franzosen den Vorrang vor Immigranten geben. Sie wird inzwischen von 72 Prozent der Franzosen abgelehnt.

Das Bevölkerungssegment, das sich von Le Pen besonders angesprochen fühlt, umfasst Menschen nahezu aller Altersgruppen, die sich aber mehrheitlich darin gleichen, dass sie über ein niedriges Ausbildungsniveau verfügen beziehungsweise keinerlei Abschlüsse vorzuweisen haben. Nach sozialen Kategorien geordnet, sind besonders Arbeiter (35 Prozent), Händler und Handwerker (34 Prozent) für Le Pens Parolen anfällig, also einerseits die in Frankreich so genannten „oubliés“, die sich von Gesellschaft und Politik vergessen fühlen, andererseits ein Mittelstand, der seinen sozialen Abstieg befürchtet.

Die relativ weit reichende Zustimmung zu den politischen Zielen und Positionen Le Pens wird die neue Regierung in ihr Kalkül einbeziehen müssen. Beim Thema der inneren Sicherheit dürfte das unproblematisch sein. Aber beim Versuch weiter gehender Strukturveränderungen, etwa im öffentlichen Dienst oder im Sozialbereich, und bei europäischen

Reformansätzen oder -prinzipien (so etwa beim Stabilitätspakt oder in der Agrarpolitik) könnte sich das Gewicht der Le-Pen-Sympathisanten noch als bleierner Hemmschuh erweisen.

Geplatzte Illusionen und neue Aufgaben

Le Pens Vordringen in die Stichwahl zum Staatspräsidenten hat auch insoweit Nachwirkungen, als man nun nicht mehr mit der früher selbstverständlichen moralischen Überheblichkeit Erfolge populistischer Parteien in anderen europäischen Ländern an den Pranger stellen kann. Die gerne gepflegte Illusion, Frankreich sei frei vom rechtsextremen Bazillus, ist ebenso geplatzt wie die ähnlich hartleibige Illusion, man sei das demokratischste Land in der Welt überhaupt. Nachdem sich Enthaltungen und Protestvoten bei beiden Wahlen auf mehr als die Hälfte der Stimmberchtigten addiert haben, scheint es auch in Frankreich derzeit kaum möglich, die Bevölkerung über ein einigendes gesellschaftliches Projekt zu größerer demokratischer Teilnahme zu motivieren.

Der neuen Regierung unter Jean-Pierre Raffarin wird nicht zuletzt auch die Aufgabe zukommen, die Protestwähler und diejenigen, die sich der Stimme enthalten haben, wieder näher an ihren Staat heranzuführen. Als besonders erfolgversprechend könnte sich dabei Raffarins Konzept einer *politique de proximité* erweisen, also einer Politik der nachbarschaftlichen Nähe, der Betonung der Heimatverbundenheit und der Provinzialität. Sie kommen jedenfalls bei der übrigen Bevölkerung so gut an, dass es für Neulinge unter den Kandidaten der UMP oft reichte, auf dem Wahlplakat neben einem Bild von Raffarin zu figurieren.

Auch Chirac hat seine am Ende erfolgreiche Wahlkampagne nicht auf dem Feld der großen Themen und Zukunftsfragen geführt, sondern auf dem die Bevölke-

rung bewegenden Gebiet der inneren Sicherheit. Die Globalisierung, die Weiterentwicklung der Europäischen Union, die Umgestaltung der sozialen Systeme – lauter Fragenkomplexe, die für eine tief greifende Verunsicherung in der französischen Bevölkerung gesorgt haben und sorgen – hat er erst gar nicht angesprochen, sondern Antworten auf das daraus resultierende Gefühl der Unsicherheit zu geben versucht. Und er hat sie da zu geben versucht, wo Unsicherheit am unmittelbarsten empfunden wird, nämlich bei der Bedrohung von Leib und Gut.

Angesichts der Tatsache, dass Frankreich eines der sichersten Länder Europas ist und in Paris relativ weniger Menschen gewaltsam ums Leben kommen als in Berlin oder Kopenhagen, ganz zu schweigen von Amsterdam, mag die Dramatisierung der Sicherheitsproblematik erstaunlich wirken. Aber die Medien hatten das Thema seit Monaten gewaltig aufgebaut. Außerdem kam es kurz vor den Wahlen fast täglich zu Übergriffen und Attentatsversuchen auf jüdische Einrichtungen, die durchweg auf das Konto von Jugendlichen, meist maghrebinischer Abstammung, gingen. Dadurch wurde die in der Bevölkerung ohnehin beliebte Verknüpfung von Kriminalität und Immigration laufend neu bestätigt. Chirac hat selbst diese Verknüpfung nie ausdrücklich thematisiert, aber das war auch gar nicht nötig. Diese Verbindung stellten die Leute schon von sich aus her. Jedenfalls konnte er so eine Linke schlagen, die auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung eingestandenermaßen Versäumnisse vorzuweisen und so wütende Streiks von Polizei und Gendarmerie provoziert hatte.

Ebenso wie die innere Sicherheit entspricht auch die Fortführung der Dezentralisierungsbemühungen für Chirac der neu entdeckten lokalen und regionalen „Nachbarschaftspolitik“. Zu den bereits im Wahlkampf angekündigten Schritten gehört etwa die Aufnahme der Regionen

in die Verfassung. Wenigstens im Bereich der Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Entwicklung sollen sie in Zukunft eigenständig agieren dürfen. Auch soll die Finanzautonomie der Kommunen in der Verfassung festgeschrieben werden. Das sind zwar nur erste, vorsichtige Schritte hin zu einer Politik, die konsequent am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet wäre, aber angesichts der jahrhundertealten zentralstaatlichen Ausrichtung des Landes bedeuten diese Maßnahmen doch Meilensteine auf dem Weg zu einer tief greifenden gesellschaftlichen, administrativen und politischen Umgestaltung des Landes.

Von deutscher Selbstverwaltungsmaßt ist man natürlich, insbesondere auf der regionalen Ebene, noch weit entfernt. Auch nach der Umsetzung von Chiracs Vorschlägen werden die französischen Regionalpräsidenten allen Grund haben, neiderfüllt auf deutsche Ministerpräsidenten zu schauen.

Erfolglose Traditionsbewährung

Die Linke hat hingegen die Zeichen der Zeit, den *wind of change*, der durch die Republik fegte, nicht erkannt. Jospin ist vielleicht der letzte führende Politiker des Landes gewesen, der nostalgisch dem republikanischen Mythos von den spezifisch französischen Werten anhing, die zugleich immer auch als universale Werte verstanden und gepredigt worden sind. In der Bewährung einer Tradition, die sich auf die revolutionäre Begriffstrias „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ berief und sie als widerspruchsfreien Leitstern der Republik begriff, bekraftigte er eine republikanische Ideologie, der zwar die französische „intelligentsia“ nach wie vor huldigt, der aber in der konkreten Lebenswirklichkeit längst die Stunde geschlagen hat. Dies ist allein schon deswegen der Fall, weil die Republik ihre Gestaltungsmacht teilweise an Brüssel, teilweise an die Mächte des Globalisierungs-

prozesses verloren hat. Die Abkoppelung wesentlicher wirtschaftlicher Prozesse von der nationalen Politik ist hingegen einer Bevölkerung nicht entgangen, die die Konsequenzen dieses Prozesses erlebt.

Schließlich hat auch das abgehobene Technokratengehabe der Regierung Jospin bei gleichzeitiger – mindestens rhetorischer – Anbiederung an den kommunistischen Koalitionspartner den PS stärker seiner Wählerschaft entfremdet, als es die veröffentlichte Meinung erahnen ließ. Journalisten und intellektuelle Beobachter der Pariser Szene haben immer wieder ihre Bewunderung darüber zum Ausdruck gebracht, wie geschickt Jospin linkes Reden über das Elend in Frankreich mit wirtschaftsliberalen Maßnahmen und mit Propaganda für seine auch im Ausland anerkannten wirtschaftspolitischen Erfolge verknüpft habe. Die unmittelbar Betroffenen hatten jedoch auch da eine etwas andere Sicht der Dinge. Jugendliche, die dank des Arbeitsbeschaffungsprogramms „emploi jeunes“ eine Beschäftigung, meist im staatlichen Sektor, gefunden haben, wissen sehr genau, dass sie eine befristete Tätigkeit ohne Zukunftsperspektive ausüben. Und über die 35-Stunden-Woche haben sich vor allem Führungskräfte gefreut, während viele Arbeiter wegen der damit verbundenen Flexibilisierung der Arbeitszeit darüber klagen, ihre freie Zeit, vor allem die Wochenenden, nicht mehr für sich verplanen zu können, ganz abgesehen davon, dass nicht wenige von ihnen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, weil sie nur noch in geringerem Umfang als zuvor Überstunden machen dürfen. Die 35-Stunden-Woche in der beschlossenen Form war daher eine Reform ehernach dem Geschmack „derer da oben“ in Paris, die dann ja auch mehrheitlich sozialistisch gewählt haben.

Provinz versus Elite

Chirac hat hingegen, anders als Jospin, neben seinem sprichwörtlichen Bistro-

Charme oft auch ein sicheres Gespür für die Sorgen und Interessen der „France profonde“ bewiesen. Gleich nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten hat er dieses Gespür erneut unter Beweis gestellt, indem er Jean-Pierre Raffarin zum Premierminister bestellte, einen Mann, der den Menschen das Gefühl vermittelt, nicht nur aus der Provinz zu kommen, sondern das Provinzielle geradezu zu lieben und stolz darauf zu sein. Und die Wähler haben, vielfach enttäuscht oder angewidert von „denen da oben“, diesmal häufig für Kandidaten gestimmt, die eine besonders ausgeprägte lokale und regionale Präsenz bewiesen hatten. So wurde Martine Aubry, frühere Sozialministerin und „Mutter“ der 35-Stunden-Woche, in der sozialistischen Hochburg Lille, in der sie als Bürgermeisterin amtiert, von einem in Paris unbekannten 32-jährigen „Jungen von nebenan“ (UMP) geschlagen, der seit zehn Jahren in Lille politisch aktiv ist. Ähnlich erging es der Grünen-Chefin und Ex-Ministerin Dominique Voynet. Sie verlor ihren Wahlkreis an einen jungen Weinbauern, der schon mit 22 Jahren Bürgermeister seiner Gemeinde wurde, es geblieben ist und der weniger die Zugehörigkeit zur UDF/UMP als seine Verbindung mit seiner Heimat herausgestellt hatte. Im Übrigen präsentierte er sich ganz bescheiden als jemand, der keine brillanten Schulnoten vorzuweisen hat und nicht auf alle Fragen schon eine Antwort weiß, eben im unausgesprochenen Gegensatz zu den Pariser Politstars, die in der Regel eine der Elitehochschulen des Landes besucht haben.

In Belfort verlor der frühere sozialistische Innenminister Jean-Pierre Chevènement nach 29 Jahren seinen angestammten Wahlkreis an den 36-jährigen Buchhalter Zumkeller (DJ/UMP), den er zuvor als substanzloses, transparentes Nichts verhöhnt hatte. Der aber hatte den Leuten vor Ort zugehört, die den „Löwen von Belfort“ nie zu Gesicht bekommen. Che-

vénement ist allerdings auch Opfer seiner eigenen gravierenden historisch-politischen Fehleinschätzung geworden. Der altlinke, antieuropäisch eingestellte Nationalrepublikaner hatte erwartet, die Franzosen noch einmal im Zeichen des Gaullismus um sich sammeln und so die Desintegration der Gesellschaft überwinden zu können. Dabei war ihm aber offensichtlich entgangen, dass der Gaullismus ein Phänomen vor allem der fünfziger Jahre gewesen ist, ähnlich wie übrigens der Kommunismus, und, für Jugendliche etwa, längst in die Prähistorie gehört.

Deshalb war es nur konsequent, dass auch Kommunistenchef Robert Hue seinen angestammten Wahlkreis in Argentueil-Bezons verloren hat, und zwar an den neogaullistischen Bürgermeister von Argentueil, der die Kommune nach siebzig Jahren kommunistischer Herrschaft erst vor einem Jahr für die Rechte gewonnen hatte.

Auflösung des gaullistischen Erbes

Die Berufung Raffarins (DL/UMP) zum Regierungschef durch den neu gewählten Staatspräsidenten Chirac entsprach nicht nur exakt dem neuen Trend zur Bürger Nähe, sie war zugleich die Demonstration eines parteipolitisch-ideologischen Umschwungs. Chirac hat mit der Berufung eines Nicht-Gaullisten den Bruch mit den neogaullistischen Traditionen auch auf der institutionellen Ebene deutlich gemacht und damit jene Auflösung des gaullistischen Erbes fortgeführt, die er schon nach seiner ersten Wahl zum Staatspräsidenten 1995 (vor der Kohabitation) eingeleitet hatte. Schon damals hatte er erkannt, dass Gaullismus und Kommunismus, die beiden dominierenden Strömungen der Nachkriegszeit, am Ende ihrer Erfolgsgeschichte angelangt waren. Das zusammenwachsende Europa und die Globalisierung hatten dem nationalistischen Republikanismus eben-

so den Boden entzogen wie der am Modell Moskau hängenden kommunistischen Ideologie. Sein damaliges Bekenntnis zur Verantwortung Frankreichs für das, was unter der Vichy-Regierung geschehen ist (insbesondere die Deportation von Juden nach Auschwitz), die Beendigung der Atomtests, die Abschaffung der Wehrpflicht, die bis dahin immer als eine tragende Säule des republikanischen Selbstverständnisses gegolten hatte, aber auch seine Bereitschaft zur Integration der Europäischen Verteidigung in die NATO waren für einen Neogaullisten geradezu revolutionär und selbst noch für den Sozialisten François Mitterrand undenkbar gewesen.

Respektable Regierungsmannschaft

Die neue Regierung spiegelt neben der gewachsenen Bedeutung der Provinz zugleich auch die Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft wider. Zwar finden sich in Raffarins Kabinett bekannte Namen früherer RPR-Minister, so etwa Nicolas Sarkozy (Innenministerium), François Fillon (Sozial-, Arbeits- und Solidaritätsministerium) oder Dominique Perben (Justiz), aber daneben stehen mit Francis Mer (Wirtschaft, Finanzen, Industrie), einem hoch angesehenen Industriekapitän, der als Vorstandsvorsitzender von Usinor/Sacilor den Weg zur Schaffung eines der weltgrößten Stahlkonzerne geebnet hat, mit dem klassischen Intellektuellen und Philosophen Luc Ferry (Jugend, Erziehung, Forschung) oder der früher für die Sozialisten tätigen Juristin Noëlle Le-noir (beigeordnete Ministerin für Europäische Angelegenheiten) Persönlichkeiten aus der französischen Gesellschaft bereit, die man nicht ohne weiteres in einem Atemzug mit der weithin verachteten Politikerkaste nennen kann.

Als ähnlich emblematische Ernennungen können unter anderen gelten Claudie Haigneré, Kosmonaut, als beigeordneter

Minister für Forschung und neue Technologien; Léon Bertrand, Physiklehrer aus Guyana, als Staatssekretär für Tourismus; Hamloui Mekachera, ehemaliger Infanterieoffizier in Algerien und Präsident des Nationalrates der französischen Muslime, als Staatssekretär für Kriegsveteranen; Renaud Muselier, Abkömmling des albanischen Königshauses, Arzt und Klinikchef, als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten.

Mahnung zur Bescheidenheit

Aber trotz der respektablen Regierungsmannschaft und einer überwältigenden Mehrheit im Parlament mahnt Regierungschef Raffarin zur Bescheidenheit, und dazu hat er allen Grund. Aus Brüssel steht ihm, wenn alles mit rechten Dingen zugeht, demnächst ein blauer Brief wegen drohender Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien ins Haus. Beim Juni-Gipfel des Europäischen Rates in Sevilla hat er sich zwar dazu verpflichten müssen, bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wobei er das Erreichen dieses Ziels von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von „mindestens drei Prozent“ in den Jahren 2003 und 2004 abhängig machen durfte. Aber wahrscheinlich wird selbst ein so optimistisch geschätztes Wachstum nicht ausreichen, die Kassen zu füllen. Denn zum einen wird das Defizit in 2002 um etwa fünfzehn Milliarden Euro höher ausfallen als zunächst geschätzt, und dann ist Chirac auch noch beim Wähler im Wort, dem er schon für dieses Jahr eine generelle Senkung der Einkommensteuer um fünf Prozent und für die nächsten fünf Jahre von dreißig Prozent versprochen hat. Damit wird die Verschuldungsquote von ursprünglich geschätzten 1,4 Prozent auf 2,3 bis 2,6 Prozent ansteigen.

Unter solchen Umständen scheint ein Erreichen des Stabilitätsziels bis 2004 nicht möglich, es sei denn, man würde gewaltige Ausgabenkürzungen oder

Steuererhöhungen vornehmen. Da beides unwahrscheinlich ist, deutet vorerst alles darauf hin, dass Chirac, wie während des Wahlkampfes schon mehrfach angekündigt, die Haushaltssanierung auf 2007 wird verschieben müssen.

Auch die wirtschaftliche Erholung scheint nicht so zu greifen wie noch vor wenigen Wochen erhofft. Zwar ist die Industrieproduktion im April, ähnlich wie in Deutschland, wieder leicht gestiegen, aber die Investoren bleiben misstrauisch. Ebenso wenig verheißungsvoll ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen steigen wieder seit 2001, und eine Vielzahl großer Unternehmen plant für dieses Jahr Umstrukturierungen, die erfahrungsgemäß zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen. Da kündigen sich zusätzliche Ausgaben für die Arbeitslosenkassen an. Schließlich sind auch die Sozialkassen, die seit 1999 finanziell gesundet waren, wieder in Turbulenzen geraten. Statt eines Überschusses rechnet man inzwischen, in erster Linie wegen explosionsartiger Kostensteigerungen bei den Krankenkassen, mit einem Defizit von mehr als zwei Milliarden Euro. Schließlich drängt die Sanierung der Not leidenden öffentlichen Krankenhäuser, die durch die Einführung der 35-Stunden-Woche definitiv arbeitsunfähig zu werden drohen.

Bei alledem hat die Regierung darauf zu achten, dass ihre Maßnahmen nicht wieder die Massen zum Protest auf die Straße treiben. Die Fischer, deren Fangquoten Brüssel reduzieren möchte, stehen schon Gewehr bei Fuß, und auch die Bauern sind bereit, sogleich ihre Mistga beln zu schwingen, sollte Frankreich irgendwelchen Reduktionen im Agrarbereich zustimmen.

Mit ihrer Entscheidung, das Mindesteinkommen (smic) nicht zu erhöhen, sondern es nur gemäß gesetzlicher Verpflichtung an die Inflationsrate und die Durchschnittseinkommen von Arbeitern anzzu-

passen, hat die Regierung Raffarin bereits laute Proteste bei Kommunisten und Gewerkschaften provoziert. Angesichts der gerade erst erfolgten Aufstockung der Honorare für Allgemeinmediziner und einer Senkung der Einkommensteuer, die vor allem die Bezieher höherer Einkommen begünstigt, sehen sie in der Haltung zum smic einen Beweis dafür, dass auch Raffarin eine Politik zugunsten „derer da oben“ betreibt.

Allerdings scheint es wegen der aktuell gepflegten Zurückhaltung der Gewerkschaften wenig wahrscheinlich, dass es schon in diesem Jahr einen heißen Herbst geben wird. Was ein solcher heißer Herbst in Frankreich bedeuten kann, hatte zuletzt der frühere neogaullistische Regierungschef Alain Juppé seit 1995 erfahren müssen, der nach sozialen Unruhen sein Amt verloren hatte. Selbst mit 448 von 577 Sitzen im Parlament war es Juppé nicht möglich, gegen den öffentlichen Dienst und den Protest der Straße Reformen des Sozialsystems durchzusetzen.

Vorbild CDU

Vielleicht hat er sich deshalb jetzt auf die scheinbar sichere Seite begeben und nur ein parteipolitisches Amt angestrebt, die Führung der UMP, und damit wahrscheinlich eine gute Ausgangsposition für seine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen bezogen. Denn die UMP ist nicht ein bloßes Wahlbündnis so wie frühere Wahlkartelle der Mitte-rechts-Parteien, sondern sie wird sich im Herbst, unter anderem nach dem Vorbild der CDU, als schlagkräftige Partei der bürgerlichen Kräfte zu konstituieren versuchen. In der neuen Partei wird nicht nur der neogaullistische RPR, sondern auch die von der früheren UDF abgespaltenen Démocratie Libérale (DL) sowie Teile der UDF selbst eine neue Heimat finden. Die Rest-UDF unter Bayrou freut sich derweil darüber, immerhin noch eine eigene Fraktion innerhalb des rechten Lagers zu

stellen und so bei allen wichtigen Fragen mitreden zu dürfen, aber angesichts der klaren absoluten Mehrheit der UMP wird sie nichts entscheiden, kein Züglein an der Waage spielen können.

Es wird allerdings eine gewisse Zeit und nicht wenige Anstrengungen kosten, die UMP tatsächlich in eine geschlossen agierende Partei zu verwandeln. Flügelbildungen etwa der Nationalrepublikaner, der Liberalen und der Zentristen kündigen sich bereits an. Deshalb hat sich Juppé beeilt, allen politischen Gruppierungen und Flügeln innerhalb der UMP eine gewisse Eigenständigkeit zu garantieren, sofern sie sich nicht allzu selbstständig machen wollen. Und es ist ihm immerhin gelungen, mit dem ehemaligen RPR-Regierungschef Édouard Balladur, dem DL-Vorsitzenden Alain Madelin und dem gescheiterten RPR-Vorsitzenden Philippe Séguin gewichtige Konkurrenten zu neutralisieren und aus der Führung der UMP herauszuhalten. Die neuen „Barone“ Chiracs sind nun neben Juppé Regierungschef Raffarin und die Minister Sarkozy, Fillon sowie Douste-Blazy.

Bei der Wahl des Parlamentspräsidenten hat sich aber schon gezeigt, dass es mit der Geschlossenheit der UMP vorerst noch nicht sehr weit her ist. Obwohl ihre Führung vorgeschlagen hatte, Jean-Louis Debré zu wählen, hat der als Einzelkämpfer angetretene Balladur beim ersten Wahlgang immerhin vierzig Prozent der Stimmen erhalten, die nicht alle von der UDF kommen konnten. Mit Balladur als Störfaktor wird also weiterhin zu rechnen sein.

Dennoch kann man wegen der Privilegierung der Exekutive in der Verfassung der Fünften Republik davon ausgehen, dass Staatspräsident und Regierung, auch unabhängig vom Grad der Geschlossenheit ihrer Partei, Handlungsfähigkeit beweisen und daher ein berechenbarer, wenngleich nicht immer einfacher Partner in Europa sein werden.